

Beantwortung der Fragen der planenden Berufe in Deutschland zur Europawahl 2019

Die Alternative für Deutschland freut sich, sich den Fragen der Architekten und sonstigen Planer zu stellen, so wie dies schon in den vorausgegangenen Wahlen getan haben und auch am 9. April bei der Architektenkammer in Wiesbaden tun werden.

Vorwort

Der Beantwortung der Fragen sei vorausgeschickt, dass die AfD eine freiheitliche Partei ist, die dem Gemeinwohl verpflichtet ist und sich im Vergleich zu anderen Parteien nicht speziellen Interessengruppen verpflichtet fühlt.

Sollte also jahrhunderte altes Standesdenken der freien Entfaltung der Bürger entgegenstehen, so werden wir uns immer für Letzteres entscheiden. Aus diesem Verständnis heraus ist die Beantwortung der folgenden Fragen zu verstehen.

1. Freiberuflichkeit in Binnenmarkt

Wir sind uns sicher, dass die freien Berufe durch ihre Verbände hervorragend vertreten sind. Wir sind der Meinung, dass es hierzu keines zusätzlichen staatlichen Einsatzes bedarf.

Qualitätssicherung und Verbraucherschutz bestehen in Deutschland auf sehr hohem Niveau. Beim Berufszugang ist stark zu differenzieren. So ist es ein großer Unterschied, ob wir sicherheitsrelevante Berufe beschränken oder nicht sicherheitsrelevante. Ein Klempner, der für Gasanschlüsse zuständig ist, sollte einer staatlichen Kontrolle unterliegen. Ob das Gleiche auch für einen Fliesenleger gilt, ist stark zu bezweifeln.

2. Ausbildung

Die Ausbildungszeiten sind in Deutschland eher zu lang als zu kurz. Wichtig erscheint uns, die Qualität der Ausbildung anzuheben. Dies fängt schon im Kindergarten an, geht über die Schule bis zum Studium. Die AfD wird sich dem Thema Ausbildung ganzheitlich annehmen.

3. Marktzugang

Die AfD steht uneingeschränkt zu europäischen Binnenmarkt. Der Marktzugang soll jedem in gleichem Maße offenstehen. Die immer wieder geforderte Förderung von Partikularinteressen widerspricht dem fundamental.

4. Öffentliche Auftragsvergabe

Die notwendige Qualität hat der Kunde zu definieren, nicht der Lieferant. Die öffentlichen Haushalte befinden sich größtenteils schon über der Belastungsgrenze. Schuld daran sind nicht nur übermäßige Sozialleistungen, sondern auch völlig überzogene Vorgaben, mit denen öffentliche Gebäude errichtet werden. Die AfD tritt daher dafür ein, diese Vorgaben massiv abzubauen und die Prozesse zu verschlanken und zu beschleunigen.

Möglichkeiten zur Kostenreduktion bestehen neben der Einsparung bei den Materialien und der Beschränkung auf das Notwendige insbesondere in der Größendegression und der Standardisierung. Ein weiteres Mittel ist die Vergabe im Rahmen von Investoren- statt Architektenwettbewerben, denn nur so ist garantiert, dass das Geplante auch kostengünstig umgesetzt wird und es nicht zu Mehrkosten oder Minderleistungen kommt.

5. Normung

Normen schränken die Gestaltungsfreiheit ein. Trotzdem sind sie zu begrüßen, da sie im Gegenzug auch Marktzugänge ermöglichen und zu Größendegression und damit zu Kostensenkungen führen.

Das Setzen von Normen hat also Vor- und Nachteile und muss daher sehr ausgewogen stattfinden. Die AfD wird sich auch auf europäischer Ebene damit beschäftigen, bittet aber um Verständnis, hier aufgrund der Komplexität keine konkreteren Aussagen treffen zu können.

6. Digitale Entwicklung

Auch digitale Dienstleistungen und Produkte stehen unter dem Schutz des Eigentums. Die Gesetzgebung muss sich neuen Techniken bei Bedarf anpassen.

Die Förderung und Steuerung von Wirtschaftsprozessen kann hingegen nicht staatliche Aufgabe sein. Hier ist die Wirtschaft und konkret die Unternehmen gefragt.

7. Klimaschutz

Bauten sind langfristige Güter mit Ansprüchen, die über die reine Wirtschaftlichkeit hinausgehen. Langlebigkeit, Wartungsfreundlichkeit, Materialwahl und nicht zuletzt die architektonische Qualität entscheiden über das Wohlbefinden von Generationen von Nutzern.

Neuentwicklungen, seien es Energetische (Beispiel Wärmepumpen) müssen ausgereift sein und sich subventionsfrei rentieren. Nachhaltig wird Bauen primär durch die Nutzungsdauer von Gebäuden. Ressourcenschonendes Bauen verlangt gründliche, an regionalen Gegebenheiten angepasste Planungs- und Genehmigungsprozesse. Speziell für die Klimawandelanpassung gibt es keine Lösungen „von der Stange“. „Grüne“ Infrastruktur kann nie isoliert vom Gesamtfeld urbaner Anforderungen betrachtet werden.

8. Technologien

Den Einsatz von Technologien entscheiden Unternehmen und nicht der Staat. Unternehmen schaffen durch ihre Angebotspolitik im positiven Fall Nachfrage und im negativen Fall werden die Angebote von den Nachfragern nicht oder nur gering nachgefragt.

Den Zwang zur Einführung neuer Technologien vom Brandschutzmelder bis zu Isoliermaterialien lehnt die AfD strikt ab. Es ist der Bürger und Kunde der hierüber zu entscheiden hat und kein bevormundender Staat.

9. Baukultur und Stadtentwicklung

Kultur findet vor Ort statt. Das gilt auch für Baukultur und Stadtentwicklung. Die AfD unterstützt die nationale und regionale Vielfalt in diesen Bereichen. Die EU hat sich aus diesen Felder herauszuhalten.

10. Rechtsetzung durch EU

Bauen ist ein nationales Thema. Die EU ist damit völlig überfordert, von Schottland bis Sizilien Baustandards zu setzen und Vorschriften zu vereinheitlichen.

Eine Transparenz ist im Rechtsetzungsprozess der EU nicht gegeben. In unübersichtlichen Abstimmungspaketen werden dort in kürzester Zeit Gesetze durchgewinkt, die kaum einer versteht, die aber auf nationales Recht wirken.

Diesem Treiben muss ein Ende gesetzt werden. Die Tätigkeit der EU muss auf wenige, ausschließlich europarelevante Bereiche zurückgestutzt werden. Der Rest muss wieder in nationaler Souveränität geregelt werden. Dafür steht die Alternative für Deutschland.

Peter Lutz

Sprecher des Fachbereiches Bauen und Wohnen im BFA 10

Oberursel, 13. März 2019